

# Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend. Abonnementspreis durch die Post inkl. Beleggeld vierteljährlich 2,40 Mk. Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:  
Leipzig  
Seifner Straße 32, IV., Volkshaus  
Telephon 7508.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 70 Pfg. für die einpaltige Zeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen vorherige Einzahlung des Betrages ausgenommen. „Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 40.

Sonnabend, den 4. Oktober 1919.

23. Jahrgang.

## Lohnbewegungen

Gesperret sind sämtliche Betriebe in Eberbach (Baden), die Sandsteinwerke in Kupferberg; Travertinwerk in Langensalza; Firma Gottes, Rodan v. Asbach, Odenwald; Firma Braunschweig, Ibbensbüren, Werkplatz Gust. Göttsch-Söhne Stettin, Betrieb des Steinmetzmeisters Wilhelm Schumann in Olbernhau; sämtliche Betriebe im Granitbezirk Rappelsberg (Schwarzwaldb.). Firma Merkel in Liegnitz, das Granit- und Schotterwerk in Braunlage am Harz.

Obermörlin. Wegen Lohnforderungen kündigte die Firma Boll in Friedberg einigen Kollegen. Friedberg (Hessen) ist deshalb zu meiden.

Bremen. Nach neuerer Vereinbarung beträgt der Stundenlohn für Steinmetzen 8 Mk. Bei den Marmorarbeitern ist die neue Bewegung noch nicht zum Abschluß gekommen.

München. Der Stundenlohn für Steinmetzen wurde auf 2,77 bis 2,80 Mk. erhöht, für Schleifer auf 2,67 bis 2,70 Mk. Für Arbeiten am Bau und auf Friedhöfen kommen besondere Zuschläge von 10 bzw. 20 Pf. pro Stunde hinzu.

Bassau. Durch Vereinbarung mit den Arbeitgebern Herrn Ragleder und Schuler wurde der Stundenlohn für Steinmetzen von 1,40 auf 1,80 Mk. erhöht.

Königsberg (Pr.). Infolge Ablehnung von Zulagen haben sich die Verhältnisse hier zugespitzt. Arbeitsangebote nach hier sind deshalb unbedingt abzulehnen.

Gerdecke a. Ruhr. Sämtliche Steinbruchbetriebe am Ort und Umgebung sind gesperrt, bis zur Anerkennung des Bezirkstarifs. Bei Arbeitsangeboten nach dem Ruhrlandsteingebiet wende man sich erst an die betreffenden Zahlstellenverwaltungen.

Dessau. Die Verhältnisse von Mecklenburg und Stralsund sind nach wie vor gesperrt. Die Arbeitgeber versuchen auf alle mögliche Art und Weise durch Umgehung des hiesigen Arbeitsnachweises Steinmetzen nach hier zu ziehen.

Braunschweig. Der Stundenlohn für Steinmetzen beträgt ab 5. September 2,55 Mk.

Karlsruhe (Baden). Die Entscheidung des Schlichtungsausschusses, die uns statt der geforderten Erhöhung von 30 Pf. pro Stunde, ab 1. 9. 19. und ab 1. 10. je 10 Pf. zugestanden, wurde von den Kollegen abgelehnt.

Köln. Die Lohnbewegung der Kölner Steinmetzen ist ohne Streik zu deren Gunsten zum Abschluß gekommen. Gefordert waren 50 Pf. Feuerungszuschlag, bewilligt sind 40 Pf. ab 22. September. Der Stundenlohn beträgt damit 3 Mk. Ueber die restlichen 10 Pf. sollen in nächster Zeit nochmals Verhandlungen stattfinden.

## Alte und „neue“ Gewerkschaftstaktik.

Man spricht heute in radikal gerichteten Arbeiterkreisen viel von der Notwendigkeit einer „neuen revolutionären Gewerkschaftstaktik“. Die alte sei morsch und verfault und wirke gegenrevolutionär. Und man fügt hinzu, daß die von den alten „Gewerkschaftsbonzern“ gepflegte Gewerkschaftstaktik mit ihrem „Pfennig- und Minutensystem“ und den Unterstützungseinrichtungen schon immer verwaschener gewirkt habe.

Es ist zu verstehen, wenn solche Schlagworttraden vor allem bei solchen Arbeitern Anklang finden, denen das Wesen der Gewerkschaften bisher ein verriegeltes Buch war, die früher den Gewerkschaften fernstanden und heute zu vielen Tausenden durch die Revolutionswelle in die Gewerkschaften hineingespült worden sind. Diese großen Schichten auf das Gefährliche solcher radikal klingenden Schlagwortpolitik aufmerksam zu machen und sie zu zielklaren Gewerkschaftskämpfen zu erziehen, gehört zu unseren derzeitigen vornehmsten Aufgaben.

Aus welchem Grunde wurden vor mehreren Jahrzehnten unsere Zentralgewerkschaften geschaffen? Um in die Aufgabe der Gewerkschaft, die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterschaft zu verbessern, mehr Methode zu legen und dadurch dauernde und bessere Erfolge als bisher zu erzielen. Man ging dabei von dem Erfahrungssatz aus, daß die damals zumeist im Schwange befindliche lose lokale Organisationsform, die jedem Ort die Festlegung eigener Satzungen und einer eigenen Taktik überließ, welche letztere durch die regellose Art ihrer Anwendung, obwohl sie manchen Zufallserfolg zeitigte, dennoch im allgemeinen fruchtlos blieb, unzulänglich sei und daß die straffe Zusammenfassung aller Kräfte unter ein Gesetz, zur Zentralisation, zu größeren und vor allem dauernden Erfolgen führen müsse. Wenn ließen auch die Zentralgewerkschaften zunächst viel zu wünschen übrig. Ihre anfängliche Schwäche und der um die Organisationsform tobende Meinungsstreit trugen hieran die Schuld. Aber dann wuchsen sie sich aus zu revolutionären Massenkampforganisationen. Und wer im Vollgefühl seines radikalen Uebermenschenstums über dieses Wort mitteilidig lächeln und erbitterten Kampfes, die damals die Zentralgewerkschaften mit dem Unternehmertum ausgefochten haben.

Was waren denn die vielen Streiks der Vorkriegszeit, die unzähligen Lohnbewegungen, die Ausperrungen, die Kämpfe gegen Maßregelungen und schwarze Listen, die Tarifpolitik, der stete Kampf gegen Regierungsgewalt und koalitiertes Unternehmertum für das freie Bewegungsrecht der Arbeiterschaft auf gewerkschaftlichem Boden? Das war revolutionäre Betätigung im vollen Sinne des Wortes!

Mancher zuckte geringschätzig die Schultern ob der bei all diesen Kämpfen errungenen Erfolge. Und doch konnte jede Gewerkschaft und vor allem die damalige Generalkommission alljährlich mit glänzenden Statistiken aufwarten, die den zahlenmäßigen Niederstich darstellten über unsere Gewerkschaftserfolge bei der Erhöhung der Löhne, der Verkürzung der Arbeitszeit, bei der Verbesserung sozialer Schutzgesetze und hygienischer Einrichtungen. Trotzdem wollte eben mancher nicht sehen und begreifen. Ach, man war ja in das „Endziel“ so verhasst, daß man die täglichen Erfolge der Gewerkschaften als die notwendigen Vorbedingungen zur Erreichung des Endziels gar nicht erkannte! Und doch war auch der kleinste Erfolg in diesen oft so mühsamen Kämpfen als revolutionärendes Element zu buchen, das uns etappenweise dem Endziel nähern mußte. Ja, selbst die oft verspotteten sozialen Selbsteinrichtungen der Verbände waren in ihrer Auswirkung revolutionär, sie linderten das Elend und wirkten in jeder Richtung kampfstärkend, sie vermehrten die Zahl der Kämpfer, hoben die Widerstandskraft der Verbände und erleichterten den Kampferfolg.

Trotz all dieser reichen Erfahrungen verblieb stets eine Gegnerschaft in den Reihen der Arbeiter gegen diese im Zuge befindliche und tausendfach bewährte Gewerkschaftstaktik. Sie fand jedoch nie einen nennenswerten Nährboden und hat ihn auch heute noch nicht gefunden, obwohl die Bedingungen hierfür zur Zeit mehr denn je vorhanden wären. Denn die wirtschaftliche Not als Haupttreiber jeder Unzufriedenheit ist groß. Der Zusammenbruch hat dem deutschen Volke wohl eine Befreiung aus politischer Knechtschaft und die unbeengte Freiheit des Handelns in wirtschaftlichen Dingen gebracht, die wirtschaftlichen Streiks, fast durchgängig notwendig als Ausgleich der maßlos verteuerten Lebenshaltung, brachten große Erfolge. Was der Zusammenbruch aber nicht brachte, das war der von manchem erträumte sofortige Uebergang vom kapitalistischen Staat zur sozialistischen Gesellschaftsform. Deshalb die vielfach vorhandene Unzufriedenheit vor allem bei jenen Elementen, die der Bewegung als neue Kämpfer beigetreten sind und die in ihrer großen Ueberzahl die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Triebkräfte, die die jederzeitige Form unserer Staatseinrichtungen bestimmen, noch nicht erkannt haben. Und da es eine Utopie ist, den Uebergang aus dem Kapitalistenstaat in die sozialistische Gesellschaft ohne schwere Schädigung des Volksganzen plötzlich zu erzwingen, da es nur möglich ist, die Sozialisierung unseres wirtschaftlichen und geistigen Lebens durch planmäßige Methoden schrittweise durchzuführen, schimpften viele im Uebermaß der Unterschätzung des Durchführbaren vom Unmöglichen über die „verfehlte“ Gewerkschaftstaktik und verlangten eine Radikalisierung der Kampfmethoden.

So tritt denn vielfach an die Stelle der planmäßigen Bewegung die blinde Leidenschaft, und Phantasien und Neulinge sind bemüht, die ganze Bewegung parteipolitischen Zwecken dienstbar zu machen, weshalb sie die alte bewährte Gewerkschaftstaktik, der wir all unsere heutige Macht und unseren großen Einfluß verdanken, herunterreißen und an Stelle der Planmäßigkeit die Ungeheuerlichkeit, an Stelle der Kühl abwägenden Vernunft die durch Verstand unbeengte Leidenschaft setzen. Und doch kann uns nur die Weiterentwicklung der alten Kampfmethoden unter Anpassung an die durch politische Freiheit errungene größere Bewegungsmöglichkeit und unter Ausnutzung aller neuerworbenen wirtschaftlich-ferischnitischen Rechte weiter vorwärts helfen. Unter Anwendung dieser Taktik sind die Gewerkschaften größer und stärker geworden und haben in jahrzehntelangen Kämpfen die Arbeiter vom willkürlichen Selbstenem zu machtvollen, mitbestimmenden Faktoren im Wirtschaftsleben erhoben. Das Geheimnis des Erfolges war hierbei, daß in den Kämpfen System lag, daß ein reicher Erfahrungsschatz der alten Gewerkschaftskämpfer den Massen zur Seite stand, wodurch planmäßige immer größere und dauernde Erfolge durchgesetzt wurden.

Und diese Taktik gilt es beizubehalten. Wehe der deutschen Arbeiterschaft, wenn sie dem sich heute oft breitmachenden Wortheludentum erliegen würde! Gewiß, Augenblickserfolge sind auch bei solcher Unzulänglichkeit denkbar. Der dauernde Erfolg aber wäre nicht gegeben, denn nur planmäßiger Aufbau, eine von allem Ubrausen befreite, rein demokratische, selbstbewußte Gewerkschaftstaktik ist die einzig erfolgversprechende!

Hütet euch vor denen, die euch eine „neue Taktik“ lehren wollen! Ueber sechs Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen stehen heute in den deutschen Gewerkschaftsreihen. Damit haben die Gewerkschaften ein Maß von Verantwortung übernommen, daß sie, um böse Rückschläge und Niederlagen zu vermeiden, mit kühler Besonnenheit das Ganze zusammenhalten und planmäßig dem Ziele entgegenführen müssen. Den Neuen in der Bewegung aber sei zugeworfen: Prüft, was die Gewerkschaften in jahrzehntelanger Arbeit geleistet haben! Kommt dadurch zu klarer Erkenntnis und legt an die Stelle der Gefühlsmäßigkeit und des unüberlegten Handelns die

geschlossene, gefestigte Ueberzeugung und die durch Einigkeit gestählte Kraftvolle, des Erreichbaren bewußte Tat! Dann wird der alte revolutionäre Geist, der immer die Gewerkschaften beherrschte, uns weitere Erfolge zuführen und Enttäuschungen und Rückschläge werden ausgeschlossen bleiben!

## Zu den Schiedsgerichtsverhandlungen in Berlin.

Wie unsere Kollegen durch eine kurze Notiz im „Steinarbeiter“ bereits informiert worden sind, begannen am 22. September unter dem Vorsitz eines reichsarbeitsministerielleren Vertreters die Verhandlungen über die Festlegung der Ortszuschläge für die verschiedenen Betriebe der Granit- und Schleifereien. Das Schiedsgericht setzte sich zusammen aus:

Herrn Regierungsbaumeister Max Gutz, für das Reichsarbeitsministerium, die Herren Hofsteinmetzmeister Architekt Hans Seffe, Berlin, Obergeringieur Winter, Bayreuth, Gewerbetreibender Dr. Müller, Darmstadt, waten als Vertreter vom Verband deutscher Granitwerke geladen; als Vertreter des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands fungierten als Schiedsrichter Otto Hanke, Maurer, Bildhauer Blum, Arbeitersekretär Linz, sämtlich in Berlin.

Ferner waren erschienen im Auftrage des Verbandes deutscher Granitwerke die Herren Zahn, Bernack, Römer, Reichenbach, Heinig, Krostod, Kreuzer, Wensheim, Kumpff, Löbau, Schlenk, Bayreuth und Dr. Streit, Karlsruhe. Den Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands vertraten Klär, Krostod, Schmidt, Wunsiedel, Staudinger, Leipzig.

Die Verhandlungen dauerten zwei Tage und waren reich an spannenden Momenten. Die Vertreter unseres Verbandes wiesen in ihren Ausführungen darauf hin, daß die Löhne in den Schleifereibetrieben äußerst niedrig sind, in gar keinem Verhältnis zu den Löhnen der Bauarbeiter und übrigen Arbeiterkategorien stehen. An der Hand eines reichhaltigen statistischen Materials wurde dies auch nachgewiesen. Der Beruf eines Steinmetzen ist als ein hochqualifizierter anzusehen, das Risiko beim Arbeitsprozeß ist ein sehr großes, so daß mindestens Gleichstellung mit den Bauarbeitern in der Lohnskala zu erfolgen hätte. Ferner hat sich herausgestellt, daß dort, wo dauernd im Zeitlohn gearbeitet wird, so in Karlsruhe, Frankfurt a. M., Stettin, Königsberg usw., die höchsten Löhne erzielt wurden. Dort, wo Akkordlohn herrscht, fallen die Stundenlöhne um 30 bis 60 Pf. niedriger als in den vorgenannten Orten.

Die Forderung unserer Kollegen wurde noch einmal zusammenfassend vorgetragen und lautet folgendermaßen:

Für die Lohnklasse II mit 20 Prozent Ortszuschlag sollen folgende Orte in Frage kommen: Bayreuth, Brunnmühl, Wensheim, Heppenheim mit Auerbach, Gnadenfrei, Oberpeilau, Giersdorf, Coburg, Meissen, Barmwaldermühle und Treuen.

Für die Fichtelgebirgsorte Lerneck und Gels wurde ein Sonderzuschlag von 10 Prozent verlangt und auch eingehend begründet.

Für die Orte Gotha, Wehlar, Gera, Regensburg und Hof, die in der Klasse II vorgezogen waren, soll ein Ortszuschlag nicht festgesetzt werden, weil in diesen Orten die Kollegen bereits in Zeitlohn arbeiten.

In der Lohnklasse III mit 35 Prozent Ortszuschlag sollen folgende Orte kommen: Liegnitz, Mostod, Greiswald, Eisenach, Einbeck, Hameln, Wollgast, Görlik und Lehmen.

Für die Orte Frankfurt a. M., Karlsruhe, Kiel, Königsberg und Stettin kommt ein Ortszuschlag wegen der Zeitlohnarbeit nicht in Betracht.

Weiter wurde unjenseits beantragt:

Die Berechnung der Ortszuschläge soll so erfolgen, daß auf das Ergebnis des Grundlohnes + Ortszuschlag die Feuerungszulage gerechnet wird.

§ 26a (betreffend Ferien) soll eine Änderung im Sinne der Kollegen erfolgen.

Die Debatte zog sich beinahe zwei Tage hin. Die Unternehmer nahmen ebenfalls regen Anteil und plädierten dafür, daß die Ortszuschläge sehr gering bemessen werden sollten, beispielsweise für Bayreuth ein solcher überhaupt nicht in Frage kommen, weil diese Stadt zum Wirtschaftsgebiet des Fichtelgebirges zu rechnen sei. Arbeiterseits wurde dies in der entschiedenen Weise bestritten, denn die Folge müßte sein, daß für die Orte Wensheim, Heppenheim und Auerbach ein Ortszuschlag ebenfalls in Wegfall kommen würde. Nach eingehender Beratung machten nun die Unternehmer, bezüglich der Ortszuschläge, folgende Vorschläge:

Gnadenfrei, Giersdorf	2 1/2%
Coburg, Meissen, Barmwaldermühle, Treuen	5%
Gotha, Wehlar, Gera, Regensburg, Hof	7 1/2%
Liegnitz, Greiswald, Eisenach, Einbeck, Hameln, Bülow, Wollgast	10%
Mostod, Schwerin	12 1/2%
Königsberg, Lübeck	15%
Karlsruhe, Dortmund, Stettin	17 1/2%
Frankfurt, Kiel	19%

Alle hier nicht genannten Orte sollen zuschlagfrei sein. Die Arbeitervertreter gingen mit diesen Vorschlägen nicht ein. Es wurde darauf verwiesen, daß beispielsweise die Orte mit 2 1/2 Prozent, die vielleicht im Jahre 1913 einen Durchschnittsverdienst von 1300 Mark aufzuweisen hatten, 1919 und 1920 nur einem Jahreszuschlag von 23 Mark jeck abwärts werden sollen. Der 12 1/2 prozentige Zuschlag für Mostod wird, unteren Klassen nur eine Zulage von etwa 200 Mark pro Jahr bringen. Wenn die Vorschläge der Unternehmer folgen dürfen, dann die bezeichneten Ortszuschläge auf den Grundlohn des Jahres 1913 anzusetzen, so würde der Zuschlag für die Orte mit 12 1/2 Prozent Zuschlag auf den derzeitigen Gesamtverdienst nur einen Zuschlag von 5 Prozent zu leisten hätte. Die Arbeitervertreter wandten ferner ein, daß, wenn ein Schiedsgericht auf derartige Vorschläge eingehen sollte, es für den Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands überlegen würde, nochmals eine solche Anklage zur Schlichtung von Unternehmerseits anzureufen. Was die Herren Unternehmer in diesem Falle vorschlagen haben, ist nicht einmal als Trinkgeld anzusehen, geschweige denn als Ausgleich gegenüber den verarmten Lebensmitteln und Wohnungsverhältnissen in den Städten bzw. Orten. Wenn die Herren Unternehmer immer den Standpunkt der Auktorität vorziehen, so muß darauf verwiesen werden, daß durch den schlechten Stand der deutschen Saluta das





zahlen. Die Kollegen werden dringend ersucht, den Stundenlohn hoch zu halten und auf keinen Fall Abforderung anzunehmen. Zum Schluss wurde Kollege Jol. F. F. als Revier gewählt. Mit der Mahnung, mehr Interesse den Veranlassungen zu widmen und der Partei beizutreten, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

**Dresden-Vitna** und Umgebung. Am 17. September fand für das Vitna-Gebiet eine Versammlung statt, die sich mit der geforderten Feuerungszulage befaßte. Seidel teilte mit, daß in den Schreiben an die Unternehmer eine Zulage von 30 Proz. gefordert worden sei für das Polster- und für das Grotto-Gebiet vom 15. September an. Die Unternehmer für das Polster-Gebiet haben die Zulage bewilligt, aber erst vom 26. September an. Damit waren die Kollegen nicht einverstanden, und es wurde scharf kritisiert, daß die Unternehmer den Zeitpunkt noch hinauszuziehen versuchen. Auch mit der Höhe der Zulage waren die Kollegen nicht einverstanden. Sie sind vielmehr der Meinung, daß eine höhere Feuerungszulage notwendig sei infolge der hohen Preissteigerungen. Des weiteren waren die Kollegen mit der Zulage von 30 Proz. auf die Grundlöhne der Hilfsarbeiter nicht einverstanden. Es wurden erst 30 Proz. 30 Pfennige Zulage pro Stunde gefordert. Der Vorsitzende wurde beauftragt, den Unternehmern nachstehenden Beschluß zu unterbreiten. Vom 12. September an sind für die Steinbrüche 30 Prozent und für Hilfsarbeiter und Schmiede pro Stunde 30 Pfennige Zulage zu gewähren. Sollten die Unternehmer sich ablehnend verhalten, soll zum letzten Mittel gezwungen werden. — Die Lohnfrage hat sich nun geklärt, indem die Unternehmer die Forderungen angenommen haben, und zwar zur Hälfte vom 12. September und die andere vom 26. September an. Unter Gewerkschaften gibt der Vorsitzende die über das ganze Gebiet angenommene Statistik bekannt, welche in Nr. 36 des Steinbrüche (siehe Veranlassungsbericht Dresden) veröffentlicht ist. Die Kollegen der Firma Förster, Herrnhütte, bezeichnen sich über die Handlungsweise der Firma. Es werden dort bei den Steinbrüchern die Stücke kleiner bestellt, als wie die Stücke in Wirklichkeit von den Steinbrüchern gebraucht werden, als reines Maß. Die Firma verlangt von den Steinbrüchern, daß sie mehr Zuschlag geben, als im Tarif vorgesehen ist. Sollte dieser Erzwang nicht befreit werden, daß sich die Firma nochmals eine solche Handlungsweise erlauben können läßt, hat sie die Konsequenzen zu tragen. Zum Schluss wurde lebhaft bedauert, daß für dieses Jahr Ferien für die Kollegen nicht festgelegt sind und zum Ausdruck gebracht, daß sich die Unternehmer für das kommende Jahr darauf einrichten sollen und dieselben durchgeführt werden.

**Demis-Thurnis**. Am 26. September fand in Reuscholden eine Mitgliederversammlung statt. Es wurde das Jahresprotokoll vom Frühjahr zur Sprache gebracht und am Schlusse dem Vorsitzenden ein Lobeswort ausgesprochen. Die Verwaltungstätigkeit des Kollegen Schürer wurde anerkannt. Vor dem Ergebnis der Abstimmung hatte Kollege Schürer sein Amt zur Verfügung gestellt. Doch soll er bis 1. Januar sein Amt weiter verwalten. Die Abrechnung vom 2. Quartal wurde gutgeheißen. An die Unternehmer soll eine neue Feuerungszulagenforderung eingereicht werden und wurden die Kollegen Schürer, Riedel, Kubisch und Schönbach zu Kommissionsmitgliedern ernannt, die mit den Unternehmern verhandeln sollen. Der Vorsitzende Kollege Schürer wies auf die Kasierung des Monatsbeitrags hin, desgleichen auf die am 1. Oktober in Kraft tretende Rechnerinnenunterstützung.

**Rundschau.**

Das Licht in der Welt. In der Vierteljahrsschrift für gerichtliche Medizin und öffentliches Sanitätswesen (57. Band, 2. Hft) bringt Dr. Widmann, Münster i. W., eine Arbeit über den Einfluß des Lichts in hygienischer und sanitätspolizeilicher Hinsicht. Besonders wirksam ist das intensive Sonnenlicht, doch wirkt auch das normale Tageslicht bei entsprechend längerer Dauer sehr nachteilig auf die Mikroorganismen ein. Allerdings werden die wirksamsten Strahlen, so heißt es, durch Staub und ganz oder teilweise absorbiert, so daß dadurch die gesundheitliche Wirkung des Lichtes bedeutend vermindert wird. Somit wirkt der Staub in den Werkstätten nicht nur direkt schädlich, sondern auch indirekt dadurch, daß er dem Lichte die heilende Wirkung nimmt. Man hat auch künstliche Lichtquellen hergestellt, die die gleiche heilende Wirkung wie die Sonne haben. Man findet sie allerdings nur in Sanatorien usw., nicht einmal in allen Krankenhäusern. Welche Zukunftsmöglichkeiten birgt die weitere Ausbreitung dieses Gedankens in sich! Auch den Arbeitern, die ja in einer besseren Zukunft in so manchen Betrieben stets sein müssen, wird einmal ein gesundes, wohltuendes Licht werden. Wie weit sind wir da auch in dieser hygienischen Beziehung noch zurück. Deshalb gilt es zu kämpfen, denn freiwillig werden solche Schritte zur hygienischen Verwirklichung des Arbeitslebens nicht unternommen.

**Verfall und Gesundheit.** Die Frankfurter Krankenkasse hat interessante Feststellungen über die Erkrankungsfähigkeit ihrer Mitglieder gemacht. Je jünger die Arbeiter und Arbeiterinnen sind, um so geringer war die Zahl der Erkrankten. Jedoch sind die Zahlen durchweg recht hoch. Die Schwanken zwischen 32 und 57 Erkrankten unter 100 Mitgliedern, je nach den Altersklassen. Des sind erschreckende Zahlen, die uns beweisen, wie unendlich weit wir noch von einem gesunden, natürlichen Arbeitsleben entfernt sind. Da aber der Kapitalismus mit seinen Eigenartigkeiten ewig der Feind jeder arbeitsethischen Entwicklung sein wird, so kann gesunde Arbeitsverhältnisse und damit ein gesundes und frohes Leben nur bringen der gewalttätige Kampf aller Berufsgenossen.

**Gesundheitsparlamente.** Dr. Alfons Fischer, Karlsruhe, weist in einer Arbeit in der Münchener medizinischen Wochenschrift (1919, Nr. 29) darauf hin, wie geringfügig die legislativen Maßnahmen auf dem Gebiete der Hygienevorschriften gewesen sind. Er hält zur gründlichen hygienischen Durchbearbeitung ein Reichsgesundheitsparlament für erforderlich, in das die herausragendsten Vertreter der hygienischen Wissenschaft, führende Persönlichkeiten aus allen medizinischen Zentralstellen, Delegierte der Träger der Sozialversicherung, der wichtigsten Berufsstände, der politischen Parteien usw. zu entsenden seien. Da die Reichsregierung sich ein Parlament nicht berufen habe, so hat nun der Deutsche Verein für öffentliche Gesundheitspflege, die älteste, größte und umfassendste gesundheitspolitische Organisation in Deutschland, es unternommen, seinen Hauptsaal zum einem deutschen Gesundheitsparlament zu gestalten. Die Deutsche Gesellschaft für soziale Hygiene hat in ihrem großen Auschuß bereits eine Körperschaft geschaffen, die besteht aus 1000 Mitgliedern und sich auf die praktische Durchführung einwirkt. Sie hat auch in den einzelnen Bundesstaaten entsprechende Gesellschaften gegründet und nach örtliche Gesundheitsräte geschaffen. Wenn man so mit dem arbeitenden Volke durch deren Vertretung schafft, so ist Gutes zu erwarten, auch wenn die Hygiene größer sein als die Praxis und der Herrschlich ganz Teile besser als der Erfolg.

**Freizeit und Freizeit.** Die Frau ist nicht nur Arbeiterin, sie ist zugleich Hausfrau, das heißt wachen zu leben, und wenn sie auch heute nichts mehr von jener alten mütterlichen Bevölkerungspolitik wissen wollen, die Soldaten wolle und nachmalig Soldaten, so wissen die Beschäftigten doch wenigstens so gestaltet sein, daß den Kindern, deren Vater von den Eltern gewollt und erzieht wird, das Leben auch wird. Doch diese nehmen eher die Festgebanten einen überaus großen Prozentsatz an. Es betragen 10—20 auf das Hundert der normalen Geburten. Jetzt hat Friedrich, Göttingen, hierin neue interessante Untersuchungen angestellt, über die er in der Monatschrift für Geburtshilfe (Nr. 6) berichtet. Danach haben sich die Mütter in den letzten 10 Jahren verdoppelt: sie betragen noch Viertel in dem ganzen 20 Prozent. Bei jedem an diesem Hofen fällt den Frauen ein Gesundheitszustand zu. Deshalb will sich die Münchener Gesellschaft für Frauenarbeit auch ein Referat von Dr. Heider hin in einer Sprache an den Lebenszustand werden. Zum großen Leid begibt die gewaltige Jalousie der Arbeiter aber an den völlig ungenügenden Beschäftigten der zunehmenden, und besonders in den letzten Jahren getragenen Freizeit. Darum hat die Festgebanten denn auch in den letzten Jahrzehnten bedeutend häufiger als in den oberen. Wir haben hier die weiblichen Arbeiterinnen, die auch schon oft gerade mit Rücksicht auf die Aborte eine Einschränkung der Frauenarbeit notwendig, besonders auf den Gebieten, für die sich der weibliche Körper nicht eignet. Als Arbeiterinnen werden aber vorzuziehen, da kann nur die Festgebanten eine gewisse Bekämpfung erreichen, der gewerkschaftliche Kampf: eine freie, erziehungsorientierte Arbeiterin.

**Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.**

Die Bezirksleiter haben ihre Tätigkeit nur im Einverständnis mit den Gauleitern auszuüben. Lohnbewegungen zu führen ist überhaupt nur Sache der Gauleiter. Einzelne Bezirksleiter haben uns Rechnungen zur Begleichung vorgelegt, die als äußerst hoch bezeichnet werden müssen. Wir müssen schon bitten, daß größte Sparsamkeit geübt wird.

Sollte in den einzelnen Zahlstellen Bedarf an Schutzmehl sein, so ist uns darüber unterzüglich Mitteilung zu machen. Getragene Müllertüfel kosten 20 M., neue Bergtüfel 50 M. Es ist uns vielleicht die Möglichkeit gegeben, für die Steinarbeiter, die ja aus beruflichen Gründen Schutzmehl besonders nötig haben, solches preiswert durch die Reichsverwertungsstellen zu erlangen. Wir ersuchen um Mitteilung des etwaigen Bedarfs.

Die Verbandsleitung sieht ferner mit den Behörden in Unterhandlung, damit unseren Kollegen neue Anzüge (Preis 150—220 M.), Unterhosen, Hemden, Handtücher usw. geliefert werden können. Die beschriebenen Waren mußten als preiswert bezeichnet werden, vielleicht kommen wir zu einem Abschluß. Die Vertrauensleute in etwa 20 Steinbruchsgebieten würden dann die Waren abzugeben haben.

Eine Reihe von Zahlstellen der Schleifereigruppe haben noch keine Bestellungen auf den Reichslohntarif gemacht. Zahlstellen, die uns bis zum 6. Oktober diese Meldung nicht zugehen lassen, können mit Tarifen nicht beliefert werden. Dabei noch eine Bemerkung: Eine Zahlstelle mit etwa 120 Mitgliedern bestellte 6 Tarife (sechs). Wie mindig muß es in solchen Orten mit den Tarifemitteln bestellt sein. Die Tarife selbst können vor dem 12. Oktober nicht geliefert werden.

Bei Einführung des Reichslohntarifes werden sich über die Auslegung desselben nützlich einige Schwierigkeiten ergeben. Wir ersuchen, daß sich beide Teile, Arbeiter wie Unternehmer, über die Differenzpunkte in sachlichster Weise auseinandersetzen. Die Kollegen tun gut, um den Tarif in all seinen Teilen kennen zu lernen, Tarifrechnungen einzuführen.

Der Reichsarbeitsministerielle Schiedsspruch über die Ortszuschläge für die Granitschleifereien wird erst am 21. Oktober gefällt. Die bewilligten Zuschläge werden dann ab 1. Oktober nachbezahlt. Ferner bitten wir die Schleifereizahlstellen, daß der ihnen überjandte Fragebogen streng wahrheitsgemäß ausgefüllt und sofort retourniert wird.

Die Zahlstellen der Sandsteingruppe werden ersucht, die nach dem allgemeinen Rundschreiben vom 15. Juli verlangte Abstimung bestimmt bis zum 15. Oktober vornehmen lassen zu wollen.

Bei allen Krankheitsfällen, wo die Mitglieder Anspruch auf Krankenunterstützung erheben, ist folgendes von den Kassieren zu beachten:

Alle Krankheitsfälle sind mit Formular I bei dem Zentralvorstand anzumelden!

Das Statut bestimmt hierüber folgendes:

1. Die Erkrankung des Mitgliedes ist innerhalb einer Woche dem Zahlstellensprecher zu melden. Bei späterer Meldung sind sieben Tage über der Meldung als erster Krankheitsbeginn gerechnet. Die Meldung durch die Zahlstelle an den Zentralvorstand hat innerhalb eines Monats zu geschehen.
2. Die Unverfähigkeit beträgt pro Tag 1 M. Die Erwerbslosigkeit der ersten drei Tage — in allen Fällen — wird nicht unterstützt. Vom vierten Tage an kann bezogen werden:

bei 52 wöchiger Beitragsleistung bis 6 Wochen, höchstens 36 M.	" 8	" 48 "
" 104 " " 10 " " 60 "	" 10	" 60 "
" 208 " " 12 " " 72 "	" 12	" 72 "

Wichtige Mitglieder und Jugendliche erhalten pro Tag 50 Pf. Bezugsdauer nach denselben Bestimmungen wie für die männlichen Mitglieder. Höchstzahl 18, 24, 30, 36 M.

**Allgemeine Bekanntmachungen.**

Dresden, Vitna und Umgebung. Die Kreisverwaltung hat in ihrer letzten Sitzung beschlossen, jedem Mitglied, welches mindestens 52 Beiträge geleistet, vom 6. Oktober an, bei Krankheit oder Arbeitslosigkeit pro Tag 1 M. örtliche Unterstützung zu gewähren. Die Auszahlung erfolgt Sonnabends, für Dresden von früh 8 bis 10 1/2 Uhr im Volkshaus. Für das obere Gebiet im Bureau, Pirnaer Volkshaus nachmittags von 1 bis 5 1/2 Uhr. Als Legitimation gilt Beitragsbuch und Krankenschein oder Arbeitslosenkontrollkarte. Eine Beitragsregulierung erfolgt in der Jahres-Versammlung. Die Verwaltung. J. A.: Rich. Seidel.

Kaiserlautern. Das Verkehrs- und Versammlungszentral befindet sich in der Restauration zur „Post“, Steinstraße.

**Adressenänderungen.**

- I. Gau. Götting. Vorj. u. Kass.: Ernst Broll, Fieglischeunstr. 9. Stralund. Vorj.: Max Borgwardt, Barthmerstr. 58. Kass.: Gut. Died. Frohnerstr. 1.
- II. Gau. Bezirksleiter für Thüringen Paul Satz, Weimar, Rudolfstraße 18. Gohburg b. Burgen. Vorj. u. Kass.: Oskar Müller. Feis (Sa.). Vorj. u. Kass.: Constantin Pfeiffer, Langenberg 8. Nieja. Vorj.: Max Paumer, Seyda b. Nieja. Kass.: Otto Schrödel, Poppitz b. Nieja. Kirchberg. Vorj.: Paul Meyer, Saupersdorf 49, Bezirk Dwidau. Ghringdorf b. Weimar. Kass.: Heinrich Knobling. Darrschelbach (Bez. Burgen). Vorj.: Gustav Lojan. Kass.: Paul Richter, Keltewitz.
- III. Gau. Göttingen. Vorj.: Aug. Gaar, Arolasstr. 1.
- V. Gau. Niebormenbig. Vorj.: Arnold Schaubach, Kass.: Julius Götz. Münster i. Westf. Vorj. u. Kass.: Peter Tiefhof, Lützenstr. 30 a L.
- VI. Gau. Kammerbach. Kass.: Eugen Schödel.
- VII. Gau. Rosbach. Kass.: Alt-Randsberg (Bahr. Wald). Vorj.: Alois Hasenauer. Kass.: Johann Bauer, Lohrobenborn, Post Bradenbach (Bahr. Wald).
- VIII. Gau. Fegenschach a. M. Vorj.: Konrad Ulbrich, Gasthaus zum Anker.

**Literarisches.**

Kaufmann, Praktische Wirtschaftsschule. Unterlagen zur Beurteilung einer fünfmonatlichen Betriebsführung. Preis 5 M. Unter diesem Titel ist im Verlag Gesellschaft und Erziehung, Berlin SW 48, Wilhelmstr. 9, ein Buch des ehemaligen Reichsarbeitsministers Rudolf Wissel erschienen, das uns in die Streitfragen einführt, die zu

seinem Austritt führen. Wissel gibt in diesem Buche auch einen Einblick in die Verhältnisse der gewerkschaftlichen Betriebsführung der Sozialdemokratie. Die verschiedenen programmatischen Forderungen werden, die er in seinen vielfachen Reden, in der so oft gemachten Denkschrift und mehreren bisher nicht an die Öffentlichkeit gekommenen für das Reich bestimmten Darlegungen formulierte. Wie diese immer sehr freimütigen, und vor der höchsten rein politischen Kritik nicht zurückstehenden Darlegungen werden im vollen Maße abgedruckt. Im Vorwort sagt der Verfasser, daß die raue Wirklichkeit keine ideale Situationen darbe und diese raue Wirklichkeit heute vorkommen wird.

Seit die die zugunsten der Volksgemeinschaft planmäßig betriebene und gesellschaftlich kontrollierte Volkswirtschaft.

Aus dem Buche Wissels ergibt sich mit seltener Deutlichkeit, jeder, der die Reden Wissels kennt, schon vorher wußte, daß die gewerkschaftliche Unterstellung, er wolle die Volkswirtschaft der Volksgemeinschaft erhalten, eine abstrakte Forderung ist. Die Wirtschaft soll nur im Rahmen der durch die freie Selbstverwaltung gegebenen Gesetze von gewerkschaftlichen Kräfte geleitet werden. Auch da, wo eine Sozialisierung nicht möglich ist. Seit dem Austritt Wissels hat sich mehr in die gleiche Richtung eine freie Wirtschaft der Art, wie sie vor der Frage bestand, ist. Mit Recht sagt Wissel, daß die Zeit für die Arbeit ist. Was er recht behalten oder nicht, er war der Vertreter eines klaren Planes; er wußte, was er wollte. Und was er wollte, muß in diesem Buche in zusammenhängender Form und in verständlicher Sprache dargestellt werden. Das Buch sollte an keiner Stelle fehlen, die sich mit den besprochenen Fragen beschäftigt.

Von der Neuen Zeit ist jedoch das 26. Heft vom 2. Band 37. Jahrgang erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Der Gewerkschaftslehre zu Dresden und die Säugung in der englischen Arbeiterkammer. Von Heinrich Gadow. — Sozialisierung der Wirtschaft. Sozialistische Stille von Professor Franz Staudinger. — Die Arbeiterbewegung in der Provinz. — Die Arbeiterbewegung in der Provinz. — Literarische Rundschau: Paul Göhr, Die Arbeiterbewegung in der Provinz. Von Karl Vorländer. E. Krotz, Säugungslehre. Von Dr. A.

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Kolporteurs zum Preise von 0,30 M. das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann die Post für die Vierteljahre bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 50 Pf.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung. Zeitschriften und Bücher, Monatshefte für Volkswirtschaftliche Staatsbürgerkunde, Geschichte und Geographie. Von diesen Zeitschriften 1 und 2 vor. Zu beziehen durch die Französische Buchhandlung, Stuttgart. Preis halbjährlich 6 M., Einzelheft 1 M. Das Studium dieser Zeitschriften fördert die Allgemeinbildung und sollte von jenen, die nach dieser Richtung bestrebt sind, durch Abonnement geliebt werden.

**Briefkasten.**

An die Kollegen der Schöter- und Pflastersteinwerke. Der Nr. 39 zum Abdruck gelangte Reichsarbeitsvertrag enthält eine Umgruppierung und erhält damit eine andere Paragrafnummer. An dem Inhalt selbst wird nichts geändert. Die Neubearbeitung in der Frage kommenden Zahlstellen in nächster Zeit übermitteln. Die Kollegen wollen dann beim eventuellen Vergleich des Vertrags mit dem Abdruck im Steinbrüche Nr. 39, diesen Hinweis beachten.

**Anzeigen.**

**Mehrere tüchtige Steinhauer und Stößer** bei hohem Stundenlohn für dauernde Arbeit sofort gesucht. Granitwerke Neustadt i. Odenwald.

**Marmorschleifer** für Hand und Maschine werden bei gutem Lohn ev. Akkorde eingestellt. Reisekostenzuschuß.

**A. Cepok, Königshütte (O.-Schl.)** Mehrere tüchtige Steinhauer für Oberkirchner Sandstein gesucht. Stundenlohn 3.— Gute Kost- und Logisverhältnisse.

**Hermann Berger, Bremen, Panzenberg** Tüchtige Steinmetzen für Bau- und Grabmalarbeiten in Rochlitzer Porphyrt Sandstein, stellen für dauernd bei Bezahlung nach Tarif ein.

**Vereinigtes Porphyrbrechen G. m. b. H.** auf dem Rochlitzer Berge.

**Mehrere tüchtige Steinmetzen** stellt sofort ein HANS LAUER, Oerlinghausen (Lipp).

**Mehrere tüchtige Steinmetzen** auf Granit oder Sandstein, auch Schriftstauer und Zeichner evtl. Ausschneider gegen guten Lohn sofort gesucht. SCHAFFER & SOHN, Schwerin i. M.

**Steinmetz stellt sofort ein** Friebohn, Zittau i. Sa.

**Mehrere tüchtige Maschinenschleifer** für schwarzen schwed. Granit für dauernd gesucht, ferner Schriftbläser ein verlässiger Mann. Granit- u. Marmorwerk Nordendorf.

**Gestorben.**

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Kenntnis eingekandt werden.) In Augsburg am 14. September der Sandsteinhauer **Sebast. Ruppert**, 68 Jahre alt, an Lungenüberlebung. In Greis am 14. September der Sandsteinhauer **Otto Wunderlich**, 52 Jahre alt, an Lungenleiden. In Dürrensdorf am 19. September der Brecher **Jos. Kniecher**, 42 Jahre alt, an Lungenleiden. In Niederlinda am 19. September der Hilfsarbeiter **Heinrich Schubert**, 50 Jahre alt, an der Grippe. Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Siebold, Verlag Alois Staudinger, beide in Leipzig. Rotationsdruck der „Freien Presse“ Leipzig, Königstraße 5.